

**Geschäftsführung
Bezirksvertretung
Uellendahl-Katernberg**

Es informiert Sie	Erika Wawersig
Telefon (0202)	563 2435
Fax (0202)	563 8111
E-Mail	Erika.Wawersig@stadt.wuppertal.de
Datum	26.01.2010

Niederschrift

über die öffentliche/nichtöffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg (SI/0695/10) am 21.01.2010

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Bezirksbürgermeister Hans-Joachim Lüppken:**

von der CDU-Fraktion

Herr Erhard Buntrock, Herr Burkhard Josef Buse, Herr Daniel Eichler, Frau Eva Rösener, Herr Ralf Wagener,

von der SPD-Fraktion

Frau Gabriela Ebert, Herr Ulrich Ippendorf, Herr Winfried Schrahe, Herr Andreas Zenz,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Marcel Simon,

von der FDP

Herr Ralf Otto Jacob,

von DIE LINKE

Frau Monika Altmann,

von der WfW

Frau Kirsten Kroll,

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Herr Hans-Jörg Herhausen, Herr Dr. Reimar Kroll, Frau Angela Priggert, Frau Maria Schürmann,

als Vertreterin des Oberbürgermeisters

Frau Klaudia Dmuß,

vom Bezirksjugendrat

Phillip Follmann,

von der Polizei

Herr van Heynsbergen,

von der Presse

WZ,

von der Verwaltung

Herr Dr. Slawig,
Herr Keller – Sport- und Bäderamt,
Frau Sprenger – GMW.

Nicht anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Klaus Kriesche,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Cornelia Krieger, Frau Sylvia Meyer.

Schriftführerin:

Erika Wawersig

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Der **Bezirksbürgermeister** teilt mit, dass der TOP im nichtöffentlichen Teil wegen der anschließenden Bürgerbeteiligung im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens auf die nächste Sitzung verschoben worden ist.

Evtl. – je nach Zeit – werde TOP 7 auch auf die nächste Sitzung verschoben.

Die **BV** ist einverstanden.

I. Öffentlicher Teil

1 Haushaltssicherungskonzept - Auswirkungen auf Uellendahl-Katernberg

Herr Dr. Slawig führt aus, dass der städtische Haushalt für das Jahr 2009 einen Fehlbetrag von 220 Mio. € ausweise. Der Fehlbetrag werde sich auch in diesem Jahr nicht verringern und zwischen 220 und 230 Mio. € liegen. Die Verschuldung liege bei über 2 Mill. €, was 2011 definitiv zur Überschuldung führen werde. Unabhängig vom Haushaltssicherungskonzept gebe es massive Einschränkungen bei der Bewirtschaftung des Haushalts durch die Kommunalaufsicht. Ausgaben könnten nur noch bewilligt werden für Pflichtaufgaben, vertragliche Verpflichtungen oder als unabweisbar notwendige Ausgaben. Freiwillige Leistungen seien nur sehr begrenzt in einem kleinen Rahmen noch möglich. Deshalb müsse es auch eine 50 %ige Kürzung bei den freien Mitteln der Bezirksvertretungen geben, da diese Mittel immer für freiwillige Leistungen verwendet würden. Er betont noch einmal, dass diese Kürzung nichts mit dem Haushaltssicherungskonzept zu tun habe.

Dieses Konzept sei vorab bewusst nicht mit der Politik abgestimmt worden und müsse jetzt eine politische Mehrheit finden. Alle Fraktionen würden in der nächsten Woche zu Gesprächen eingeladen. Als Ergebnis dieser Gespräche werde es eine Ratsvorlage geben mit den Maßnahmen, die in der Ratssitzung am 15.03. mehrheitlich beschlossen werden könnten. Zusätzlich erhalte die Politik einen Bericht über die Maßnahmen, die die Verwaltung in eigener Zuständigkeit umsetzen könne. Die Vorlagen würden bis Anfang März erstellt und dann auch den Bezirksvertretungen zur Kenntnis gegeben.

Auf Nachfrage von **Herrn Dietz – Bürgerverein Elberfelder Nordweststadt** – erklärt er, dass für die Schließung der Bäder Ratsbeschlüsse erforderlich seien, die aber mit Sicherheit nicht am 15.03. gefasst würden. Zur Zeit führe man Gespräche mit den jeweiligen Fördervereinen mit dem Ziel der Übernahme, um die Stadt von allen Kosten zu entlasten. Er weist darauf hin, dass im Haushaltssicherungskonzept keine Verkaufserlöse für die Bädergrundstücke enthalten seien. Er stellt aber auch ganz klar, dass die Stadt bis zu einer evtl. Privatisierung anfallende größere Investitionen nicht bezahlen könne. Dafür müssten Kredite aufgenommen werden, für die es aber keine Genehmigung der Aufsichtsbehörde geben werde. Auch personell könne es 2011 wegen des Verbots von Neueinstellungen zu Engpässen kommen, was zur Folge habe, dass die heutigen Öffnungszeiten nicht beibehalten werden könnten.

Frau Altmann hält die Sparmaßnahmen für unsinnig. Sie würden nichts ändern und nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein, allein die Zinsen seien schon höher.

Herr Dr. Slawig erwidert, dass die Zinsen bei etwa 50 Mio. € liegen würden, das Haushaltssicherungskonzept solle auch nicht die Zinsen decken. Es sei aber absolut notwendig, weil Land und Bund nur dann die Kommunen entlasten würden, wenn diese selbst ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisteten.

Herr Stv. Dr. Kroll möchte wissen, wie der von der Verwaltung angegebene Investitionsbedarf bei den Bädern zustande komme und ob die Vereine nicht in der Lage wären, diese Kosten zu übernehmen.

Außerdem fragt er, warum das Freibad Mählersbeck außerhalb jeder Schließungsgedanken stehe.

Herr Dr. Slawig verweist auf das Privatisierungsmodell, d.h. die privaten Träger übernehmen alle Kosten einschließlich der Investitionskosten. Zur zweiten Frage stellt er fest, dass das Freibad Mählersbeck deutlich höhere

Besucherzahlen habe als die anderen Bäder.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** interessiert, ob es bereits konkrete Gespräche mit den Fördervereinen gebe und ob evtl. schon vorliegende Konzepte auch eine finanzielle Tragfähigkeit haben würden. Außerdem wundert ihn, dass die Fördervereine teilweise ganz andere Einschätzungen über die Höhe der Investitionen vorlegen würden.

Herr Dr. Slawig führt aus, dass in den bereits laufenden Gesprächen mit den Fördervereinen Konzepte vorgestellt worden seien, mit denen man sich jetzt intensiv auseinandersetze. Es gebe die ganz klare Ansage an die Fördervereine, alles übernehmen zu müssen.

Die niedrigeren Investitionskosten erklärten sich teilweise durch die Ansetzung von Eigenleistungen, die es bei öffentlichem Eigentum nicht geben könne. Hinsichtlich der beabsichtigten Schließung von zwei Stadtteilbibliotheken erklärt er, dass erst im zweiten Quartal 2010 eine Entscheidung über die zwei zu schließenden Standorte fallen werde. Zu den Kriterien zählten neben den Ausleihzahlen auch der Zuschussbedarf, der bauliche Zustand und das Einzugsgebiet. Die in dem Fragenkatalog der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angesprochene Selbstverbuchungstechnik führe zwar zu Personaleinsparungen, trotzdem seien aber darüber hinaus Schließungen erforderlich, um die Kosten zu senken. Die weitere Frage zu Kosten durch die Aufstellung von Bauleitplänen könne er abstrakt nicht beantworten, da dies sehr unterschiedlich sei und vom jeweiligen Planverfahren abhängen.

Zu den Kürzungen bei Sozial- und Jugendeinrichtungen führt er aus, dass es sich bei der 10 %igen Kürzung um eine bewusste Prioritätensetzung zugunsten der Sozialeinrichtungen gegenüber Kultur- und Sporteinrichtungen handele, bei denen Kürzungen von 30 % vorgesehen seien. Dies könne politisch auch anders entschieden werden, dann müsse die Politik aber auch ganz klar sagen, dass sie im sozialen Bereich 30 % kürzen wolle.

Die 10 %igen Kürzungen gegenüber dem Ansatz von 2009 würden nicht linear erfolgen, d. h. nicht alle Einrichtungen gleichgewichtig betroffen sein. Auch hier seien die Entscheidungen für das zweite Quartal 2010 vorgesehen, evtl. aber auch etwas eher, weil die Einrichtungen wegen ihrer weiteren Planungen auf eine frühere Festlegung drängten.

Bezüglich der Kleinen Höhe berichtet er, dass die Stadt bei einem Verkauf als Wohnbaufläche von einem Nettoerlös von 12 Mio. € ausgehe. Da seien die Erschließungskosten von etwa 15 Mio. € – die bei einer Wohnbaufläche auch niedriger sein könnten – schon berücksichtigt. Der Verkaufserlös sei bei einer Wohnbaufläche deutlich höher als bei einem Gewerbegebiet. Wegen der Änderung des Planverfahrens sei die Zustimmung des Rates erforderlich. Die Stadt beabsichtige, dass hier ein höherwertiges Wohngebiet mit anspruchsvoller Bebauung entstehe.

Das Schreiben des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege enthalte keine neuen Argumente, die Verwaltung werde trotzdem hierzu noch einmal Stellung nehmen.

Die **CDU-Fraktion** möchte wissen, in welchem Zeitrahmen die Verwaltung den Verkaufserlös von 12 Mio. € eingerechnet habe. Eine Änderung des Bebauungsplanes bedürfe bereits einer längeren Bearbeitungszeit; bis alle Grundstücke verkauft seien, könnten 8 – 10 Jahre vergehen.

Herr Dr. Slawig stellt klar, dass dies schneller gehen müsse. Es seien individuelle Verkäufe an Bauwillige vorgesehen und kein Verkauf der Fläche an Bauträger. Dort liege Kapital für die Stadt, das z. Z. völlig unwirtschaftlich genutzt werde. Auf den Einwand der **CDU-Fraktion**, dass die Fläche bei mangelnder Nachfrage doch wieder an einen Bauträger verkauft werden müsse und man dann wieder eine gleichförmige Reihenhausbebauung vorfinden werde, entgegnet er, dass die Stadt dies eindeutig nicht wolle.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** stellt fest, dass es sich hier um eine sehr große Fläche handele und fragt, ob das Projekt für Wuppertal nicht überdimensioniert sei, zumal es bereits größere Wohnbauprojekte in Wuppertal und Velbert gebe.

Sie möchte zudem wissen, ob schon eine vorsichtige Schätzung über die Zahl der dort entstehenden Wohneinheiten möglich sei.

Außerdem interessiert es sie, ob die notwendigen Änderungen des Flächennutzungsplanes und des Regionalplanes bereits mit der Bezirksregierung abgesprochen worden seien.

Herr Dr. Slawig erklärt, dass in Wuppertal durchaus eine Nachfrage nach größeren Privatgrundstücken bestehe. Diese Fläche sei auch nicht vergleichbar mit anderen Wohnbauprojekten wie beispielsweise dem „Bergischen Plateau“. Es solle hier zwar keine Villenbebauung geben, aber schon höherwertiger Wohnungsbau entstehen. Über die Zahl der Wohneinheiten könne aber noch keine Auskunft gegeben werden.

Eine Abstimmung mit der Bezirksregierung sei begonnen worden.

Auf Nachfrage von **Herrn Stv. Dr. Kroll** stellt er noch einmal fest, dass ein Verkauf als Gewerbegebiet einen wesentlich niedrigeren Nettoerlös erbracht hätte und man sich deshalb zu dieser Änderung entschlossen habe. Er weist darauf hin, dass der Verkauf der „Kleinen Höhe“ als Wohnbaufläche Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes sei, d. h. dass die Verwaltung mit diesem Vorschlag nunmehr in die politische Diskussion gehe.

Herr Dietz ist der Meinung, dass es sich bei dieser Fläche um die wertvollste landwirtschaftliche Fläche in Wuppertal handele, die gerade in Zeiten der dramatischen Klimaveränderungen nicht bebaut werden dürfe.

Herr Dr. Slawig weist auf den bisherigen Erlös aus dieser Fläche hin: 3.600 € Pacht jährlich.

In Zeiten, in denen die Verwaltung gezwungen werde, die Schließung von Schauspielhaus und Bädern vorzuschlagen, wäre es unverantwortlich, an der Kleinen Höhe vorbeizugehen.

Auf den Einwand der **SPD-Fraktion**, dass doch immer gesagt worden sei, die Kleine Höhe werde als Gewerbegebiet dringend gebraucht, erwidert er, dass es zwar bei der vorgeschlagenen Änderung in ein Wohnbaugebiet vorrangig um wirtschaftliche Gesichtspunkte gehe. Allerdings seien aber inzwischen auch andere attraktive Gewerbeflächen im Angebot wie z. B. die GOH-Kaserne.

Auf den erneuten Einwand von **Frau Altmann**, dass Wuppertal durch die Sparmaßnahmen eine sterbende Stadt sei und keine Investoren für höherwertigen Wohnbau anlocken könne, betont er, dass Wuppertal auch ohne das Schauspielhaus mit dem Opernhaus, dem Sinfonieorchester und der Stadthalle eine lebendige Kultur biete und der Vorwurf, zukünftig keine Infrastruktur mehr bieten zu können, meilenweit an der Realität vorbei gehe. Auch andere Städte in NRW – außer Düsseldorf – müssten sparen und Einrichtungen schließen.

Hinsichtlich der Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Änderungen im BSD 2 sowie der Reduzierung der Bezirksvertretungen stellt er fest, dass es im BSD 2 keine Änderungen geben werde. Die Zahl der Bezirksvertretungen solle zur nächsten Kommunalwahlperiode von 10 auf 6 verringert werden. Der Plan sehe eine Erhaltung der historischen Bezirke Vohwinkel, Cronenberg, Ronsdorf und Langerfeld-Beyenburg vor. Dazu kämen dann die Bezirksvertretungen Elberfeld und Barmen.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** gibt zu bedenken, dass bei einer Zusammenlegung flächen- und einwohnermäßig größere Bezirke entstehen würden, für die dann eigentlich auch eine Erhöhung der Zahl der Mitglieder erforderlich wäre.

Herr Dr. Slawig kann das nachvollziehen, verweist aber auf die Rechtslage, die z. Z. eine Höchstzahl von 19 Mitgliedern pro BV vorsehe. Da man jedoch mit der Umsetzung noch etwas Zeit habe, müssten Gespräche mit dem Land geführt werden, um hier vielleicht eine Änderung herbeizuführen.

Frau Pastorin Weber spricht die Ordnungsamtbeerdigungen an, die zukünftig nicht mehr bezirklich, sondern zentral auf dem Friedhof in Ronsdorf durchgeführt werden sollen. Sie bezweifelt, ob dadurch wirklich Kosten eingespart werden können und würde eine Absenkung des ohnehin schon niedrigen Standards sehr bedauern.

Herr Dr. Slawig betont, dass es keine Standardsenkungen geben werde. Etwa die Hälfte der Beerdigungen sollten auf dem Kommunalfriedhof durchgeführt werden, um die dort bestehende Unterdeckung auszugleichen.

2 Berichte und Mitteilungen

1. Legehennenstall Fettenberger Weg
- Mitteilung R Bauen und Wohnen
2. Antrag freie Mittel Evang. Kirchengemeinde Dönberg
3. Antrag freie Mittel GS Am Dönberg
4. Antrag freie Mittel – Kirchengemeinde Herz-Jesu
5. Antrag freie Mittel – GS Birkenhöhe

3 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

1. **Herr Ippendorf** spricht den eingerüsteten Belvedere-Turm an der Kohlstraße an und fragt nach dem Sachstand.
2. **Herr Jacob** weist auf starke Fahrbahnschäden auf der Nevigeser Straße talwärts hinter der Einfahrt in den Birken hin.

4 Bezirksjugendrat

Phillip Follmann entschuldigt sich dafür, dass der BJR in der letzten Sitzung nicht anwesend gewesen ist. Es habe Kommunikationsprobleme gegeben. Im Namen des BJR bedankt er sich für die Spende der BV zu der Graffiti-Aktion, die ein Erfolg gewesen sei. Als nächste Aktion wolle sich der BJR jetzt in verschiedenen Jugendzentren vorstellen.

5 Sanierung Hallenbad Uellendahl

Frau Sprenger berichtet, dass aus dem Konjunkturpaket II 2,2 Mio. € für die energetische Sanierung des Hallenbades zur Verfügung stehen würden. Davon gehe über 1 Mio. € allein in die Sanierung der Technik mit dem Ziel, Energie- und Betriebskosten um 50 % zu senken.

Anschließend erläutert sie die einzelnen Maßnahmen, zu denen auch der Einbau eines Aufzugs gehöre. Allerdings werde es keinen Lifter und auch keine Nassrollis geben, so dass das Bad nicht das Merkmal der Barrierefreiheit habe.

Der Pächter der Gaststätte habe den Vertrag aus wirtschaftlichen Gründen gekündigt. Einen neuen Pächter gebe es z. Z. nicht, der Raum solle zukünftig als Aufenthaltsraum genutzt werden.

Auf Nachfrage der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erklärt sie, dass eine weitere Nutzung als Gastronomiebetrieb jederzeit möglich sei.

Für eine Sanierung des Saunabereichs stehe leider kein Geld zur Verfügung. Das Bad werde Anfang April für die Dauer von 9 – 10 Monaten geschlossen.

Herr Lichtleuchter – Bürgerverein Elberfelder Nordweststadt – möchte wissen, ob nach dem Umbau auch der Einsatz von Kassenautomaten vorgesehen sei.

Herr Keller stellt fest, dass dies bei allen Bädern geprüft werde. Er verweist auf die Aussage von Herrn Dr. Slawig, dass es bereits im nächsten Jahr Personalengpässe bei den Bädern geben könne und dann auch Schließungen von Bädern wegen Personalmangels nicht ausgeschlossen werden könne.

6 **Verkehrssituation Hans-Böckler-Straße**

Der **Bezirksbürgermeister** stellt fest, dass die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem TOP zwar fertig, aber noch nicht unterschrieben sei und dieser Punkt daher erst in der nächsten Sitzung abschließend behandelt werden könne.

Herr van Heynsbergen führt aus, dass es im letzten halben Jahr in diesem Bereich drei Unfälle gegeben habe, die aber nicht wegen auffälliger Verkehrssituationen geschehen seien. Als einzige Änderung schlage er eine leichte Versetzung der Bushaltestelle Kurt-Schumacher-Straße (Richtung Uellendahler Straße) vor.

Frau Pastorin Weber ist der Meinung, dass die Ampelschaltung Hans-Böckler-Straße / Röttgen für die Fußgänger gefährlich sei, weil es hier wegen der gleichzeitigen Grünphase immer wieder zu Gefahrensituationen komme.

Herr Wilhelm – Bürgerverein Uellendahl – bestätigt dies und meint, dass die Ampelschaltungen überprüft werden müssten.

Hans-Joachim Lüpken
Bezirksbürgermeister

Erika Wawersig
Schriftführerin